

2010 – unsoziale Unkultur?



Protestaktion gegen die Schließung der Zeche Carl am 13.09.2008. Mit dabei auch der Rats Herr der DKP Patrik Köbele (Bildmitte)

Die DKP lehnte die Bewerbung zur Kulturhauptstadt ab. Nicht, weil wir was gegen Kultur hätten, sondern, weil wir es für Heuchelei halten, sich mit solchen Titeln zu schmücken, während gleichzeitig im Breitenort und der Breitenkultur (z.B. Stadtbibliotheken) der Kahlschlag regiert.

Wir befürchteten, dass die Kulturhauptstadt 2010 sich an den Interessen der „Schönen und Reichen“ orientiert und deshalb zum Schicki-Micki-Event verkommt. Leider spricht alles dafür, dass wir recht haben, nicht zuletzt die aktuellen Entwicklungen um die Philharmonie und um Zeche Carl.

Bei der Philharmonie taten Ratsmehrheit, Kulturdezernat, Aufsichtsrat und Geschäftsführung über Jahre nicht das, was ihre Aufgabe ist, den Betrieb der Philharmonie und die Arbeit des Intendanten zu

kontrollieren. Im Gegenteil, sie versuchten den Intendanten „auf die Idee zu bringen darüber nachzudenken“, wie CDU-Rats Herr und Aufsichtsratsvorsitzender Schippmann es im Rat formulierte.

DKP-Rats Herr Köbele hielt dem entgegen: „Ich gehe von vielem aus, aber nicht davon, dass Sie naiv sind. Das heißt aber, dass diese Nichtkontrolle beim Schauspieler Philharmonie politisch gewollt ist. Sie ist die andere Seite der Kahlschlagpolitik bei Bädern, Sportvereinen und Zeche Carl.“

Die Fortsetzung dieser unsozialen Politik droht. So lehnte die Ruhr 2010 GmbH alle Projektvorschläge der Fraktion Linke/DKP/AUF ab, darunter die Einrichtung einer antifaschistischen Stadtrundfahrt. DKP-Rats Herr Patrik Köbele erhielt auf seine Vorschläge bislang noch nicht mal

eine Antwort, er hatte unter anderem die Wiedereröffnung der Stadtbibliothek Essen-Steele vorgeschlagen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Widerstand sich lohnen kann. Parallel zur damaligen Bewerbung um den Titel der europäischen Kulturhauptstadt regte sich Widerstand gegen die Schließung von Bibliotheken. Die Bürgerliste Nord legte Schwarzbücher auf, die auch die Auswahljury erreichten. Die Folge: Schwarz-Grün nahm die schlimmsten Pläne zurück.

Die Jahre bis 2010 sind deshalb sicher ein guter Anlass der offiziellen Heuchelei die Maske vom Gesicht zu reißen. Und möglicherweise lässt sich dabei was erreichen. Der Kampf um den Erhalt der Zeche Carl in ihrer jetzigen Vielfalt und unter Einbeziehung der Beschäftigten ist unsere erste Herausforderung. Wir wollen, dass die Zeche Carl auch weiterhin allen Bürgerinnen und Bürgern als Treffpunkt und Veranstaltungsort zur Verfügung steht. Dafür kämpfen wir.

Termine

MASCH: Finanzgetriebener Kapitalismus: Was machen eigentlich die Kapitalisten?
Mittwoch, 22.10.08, 19.30 Uhr, Zeche Carl

Mitgliederversammlung der DKP Steele
Bürgerhaus Oststadt, 19.30 Uhr, 21.10.08
04.11.08, 18.11.08 und 02.12.08

Mitgliederversammlung der DKP Frohnhausen/Holsterhausen, Holsterhauser Hof,
21.10.08, Thema: Gesundheitspolitik,
04.11.08 Thema: Krupp in Essen, 18.11.08,
02.12.08 und 16.12.08, Jahreshauptversammlung

**Mitgliederversammlung der DKP Altenessen, Gaststätte Gammler, Schwarze-
straße / Rahmstraße 204, 45236 Essen,**
19.30 Uhr, 04. 11.08 und 02.12.08

Mitgliederversammlung der DKP Borbeck
(Treff: Telefon 0201/23 56 45)

**Mitgliederversammlung der DKP Mitte/
Süd, Hoffnungstraße 18**
14.10.08, Thema: Formen des Widerstandes: Ist eine Gas- und Strompreisinitiative / Preisboykott noch oder wieder aktuell,
11.11.08 und 9.12.2008

Keine Faschisten ins Rathaus

Auch aus Essen waren Antifaschistinnen und Antifaschisten am 20. September in Köln dabei, als eine ganze Stadt „Pro-Köln“ als rassistische Bewegung demaskierte, das Auftreten europäischer Faschisten in Köln in Form von Boykott und friedlicher Blockade verhinderte. Nun hatte Pro NRW bereits angekündigt, das Ruhrgebiet zu erobern. Ob NPD, REP oder Pro NRW, mit altbekannter rassistischer und ausländerfeindlicher Demagogie wollen sie Wählerstimmen gewinnen. Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe machen sie zu Sündenböcken für alles Übel, für Arbeitslosigkeit, Sozialabbau,

Finanznot der Kommunen. Damit lenken sie ab von den wahren Verantwortlichen für eine grenzenlose Umverteilung von unten nach oben: von den Großkonzernen und Banken, von den regierenden Politikern. Die neofaschistischen Parteien bezeichnen sich als Anwälte der Bürgerinnen und Bürger, stimmen jedoch in Wirklichkeit gegen Bürgerinteressen für eine unsoziale Politik, so auch die Republikaner im Essener Stadtrat. Machen wir ihnen bei der Kommunalwahl einen Strich durch die Rechnung. Keinen Fußbreit für Faschisten im Essener Rathaus!

Heuschrecken in Essener Wohnzimmern



Karin Schnittker, Oberbürgermeisterkandidatin, Vorsitzende der DKP Essen, aktiv in der Mietergemeinschaft Essen e.V.

Die Wohnungen der GAGFAH, die Thyssen-Krupp-Wohnungen und die Werkwohnungen der VEBA wurden in den letzten Jahren bereits an internationale Investmentfonds verkauft.

Gegen die Stimmen der Fraktion Linke/DKP /AUF beschloss der Rat den Verkauf der LEG-Anteile der Allbau AG an die Heuschrecke Whitehall. Trotz mehr als 50.000 Protestunterschriften von Mietern, Mitarbeitern, Politikern und Bürgern, verkaufte die Landesregierung im August 2008 die Wohnungen der LEG an Whitehall. Verschlechterungen für die Mieter wurden in Kauf genommen.

Tatort Berlin: Im Frühjahr 2004 kauft Whitehall 65.000 Wohnungen des Berliner kommunalen Wohnungsunternehmens. Sofort wurden mögliche Mieterhöhungen ausgeschöpft, die Belegschaft nach 2 Jahren halbiert, Siedlungen weiterverkauft,

wegen „Modernisierung“ Mieten willkürlich erhöht.

Die Landesregierung wiegelt ab, weist Proteste zurück, verkauft die Verschlechterung der landeseigenen Wohnungen als sozial verantwortliches Handeln und beruft sich auf eine „Sozialcharta“, die Bestandteil des Kaufvertrages sei. Der Wortlaut der „Sozialcharta“ ist jedoch Staatsgeheimnis. Die Mieter sind verunsichert. Erst nach starkem öffentlichem Druck wird der Text der „Sozialcharta“ veröffentlicht. Diese Charta gilt 10 Jahre lang, eine für Mietverhältnisse kurze Zeit, und nur für die Mieter, die zum Zeitpunkt des Verkaufs Mieter waren.

Tatort NRW: Schon beim Eigentumsübergang an Whitehall am 29.8.08 kündigt das Unternehmen die sofortige Überprüfung des Investitionsprogramms für Modernisierung und Instandhaltung an. Die Instandhaltungspauschale ist gegenüber der LEG auf die Hälfte reduziert. Modernisierungen, die gerade durchgeführt werden, sollen gestoppt werden.

Tatort Essen: Die Miete für September wird

in großen Teilen der LEG fünf Tage zu früh abgebucht. Ca. 89 % der Mieter hatten der LEG eine sog. Einzugsermächtigung erteilt. Durch die zu frühe Abbuchung wurden viele Mieter mit Überziehungszinsen belastet, da ihre Konten noch nicht ausgeglichen waren. Es gibt noch keine Aussagen dazu, wie laufende soziale Programme (von Balkonwettbewerb bis zu Ferienprogramme für Kinder und Hilfen für hilfsbedürftige Menschen) in den Siedlungen weitergeführt werden.

Stichwort Finanzkrise: Whitehall ist ein „Geschöpf“ der US-Investmentbank Goldmann-Sachs. Diese Bank ist in jeder Branche in Deutschland tätig. Sie handelt oft parallel als Berater, Investor oder Aktienhändler auf eigene Rechnung. Die aktuelle Finanzkrise in den USA hat auch diese Bank eingeholt. Welche Auswirkungen das auf die LEG-Mieter haben wird, werden wir genau verfolgen.



Sozialcharta, die wichtigsten Punkte:

- In den kommenden 10 Jahren sind Kündigungen wegen Eigenbedarfs ausgeschlossen.
- Mieter die bei Vertragsabschluß mindestens 60 Jahre alt sind, haben lebenslanges Wohnrecht.
- Luxusmodernisierungen mit den entsprechenden Mietsteigerungen sind ausgeschlossen.
- Whitehall muss jährlich und durchschnittlich mindestens 12,50 Euro pro Quadratmeter investieren für Reparaturen und Wertverbesserungen (die LEG hatte 25,54 Euro pro Quadratmeter investiert).
- Mieten dürfen von 2008 bis 2012 um den Preisindex für alle deutsche Haushalte (2007 = 2,3 %) plus 1,5 %, bis 2017 um zuzüglich 3 % erhöht werden.

Anzeige

Anzeige

Jetzt will ich auch

- mehr Infos über die DKP
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
www.dkp-essen.de
 E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



**Rote Fahnen
sieht man besser**

**Jetzt 10 Wochen kostenlos
zur Probe bestellen!**

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

IMPRESSUM: Herausgeber: Patrik Köbele, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen • Tel.: 0201/23 56 45
 E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

DKP tut was für Kinder: im Sommer 2008 gab es 14 Tage Ferienfahrt nach Frankreich für nur 215 Euro



Als Betreuerin mit dabei Siw Mammitsch, bei der DKP Essen verantwortlich für Kinder- und Jugendpolitik. Sie kandidiert auf der Reserveliste der DKP zur Kommunalwahl 2009.



Der Kinderbericht 2008: die Stadt lobt sich, aber die Zahlen erschrecken

Zur Zeit wird in allen Ausschüssen und Bezirksvertretungen der neue Kinderbericht behandelt – und birgt Zündstoff.

Zahl der armen Kinder steigt

Vereinfacht kann man zusammen fassen: Da wo am meisten Kinder leben, sind sie am ärmsten dran. Fast die Hälfte der Haushalte mit Kindern verfügt über weniger als 25.000 Euro im Jahr. Der Anteil derjenigen mit besonders wenig Einkommen steigt kontinuierlich. Insbesondere seit der Einführung von Hartz IV ist die Anzahl der Kinder, die sich im Leistungsbezug befinden, deutlich angestiegen. In manchen Stadtteilen trifft das jedes 2. Kind.

Was tut die Stadt?

Eine Farce sind die Maßnahmen der Stadt Essen, die sie als „Materielle Entlastung“ anführen. Dort wird als erstes die Familienkarte genannt. Doch die „Angebote“ können von Familien mit wenig Einkommen oft gar nicht genutzt werden. Als zweite Maßnahme wird das an einigen Schulen angebotene Schulfrühstück genannt. Das ist tatsächlich eine Entlastung, denn immer mehr Kinder kommen ohne Frühstück zur Schule. Knurrt der Bauch, kann man sich nicht konzentrieren. Dieses Frühstück wird aber nicht durch die Stadt, sondern durch Spenden finanziert, die nur bis zum Schuljahr 2009/10 reichen. Was passiert dann? Keiner weis es.

Gesundheit

Noch schlimmer ist der Gesundheitszustand unserer Kinder. Bei der Schuleingangsuntersuchung weist fast die Hälfte

der Kinder Störungen in einem oder mehreren Entwicklungsbereichen auf. Die häufigsten Probleme betreffen die Motorik, Seh- und Sprachfehler. Auch hier gilt: im kinderreichen Essener Norden leben die meisten nicht gesunden Kinder. Abhilfe verspricht man sich durch eine höhere Teilnahme der Kinder an den Vorsorgeuntersuchungen, bei zu wenigen Kinderärzten. Umfangreichere Konzepte gibt es nicht.

Bildung und Kultur

Kindergartenplätze, insbesondere für unter 3 Jährige sind nach wie vor rar gesät, die Plätze in der schulischen Ganztagsbetreuung reichen nicht – vor allem deren Qualität lässt zu wünschen übrig. Insbesondere Migrantenkinder können trotz Wunsch keine Gesamtschule besuchen, weil es dort zu wenige Plätze gibt. Diesen harten Fakten folgt eine Auflistung und Selbstbelobigung aller bestehenden Projekte, hauptsächlich aus der Kultur. Den tatsächlichen Bedürfnissen benachteiligter Kinder entsprechen sie aber nicht. Zudem sind hochgelobte Angebote wie „Jedem Kind ein Instrument“ kostenpflichtig und damit für arme Familien nicht machbar.

Die kulturellen Angebote werden auf insgesamt 16 Seiten aufgelistet, richten sich aber eher an Kinder aus mittelständischen und privilegierten Haushalten. Dagegen finden sich die Angebote von Freizeit und Kultur an Schulen und der Sport gerade auf 2 Seiten wieder. Eindeutiger kann man die Ausgrenzung der Ausgrenzten nicht darstellen.

75 Jahre Baldeneysee – spontane Aktion der DKP

Im Zuge der offiziellen Festveranstaltung am See wurden vor allem jene nicht erwähnt, die den See gebaut hatten. Im Rahmen des Reichsarbeitsdienstes wurden Arbeitslose zu einem Hungerlohn ausgebeutet und bekamen eine warme Mahlzeit am Tag. Das war damals. Und heute? In den Projekten „Neue Wege zum Wasser“ werden wieder Menschen zu Hungerlöhnen eingesetzt, nämlich die sogenannten „Ein-Euro-Jobber“, und zwar nicht wie behauptet für zusätzliche Arbeiten, sondern für reguläre städtische Aufgaben und Projekte. Ein Schelm, wer böses dabei denkt. Darauf machte die DKP auch an diesem schönen Sommertag aufmerksam: Hartz IV muss weg! Der staatlich organisierte Arbeitsdienst ist menschenunwürdig.

Sofortprogramm gegen Armut, insbesondere Kinderarmut

Mit Pauken und Trompeten eröffnete die DKP Essen am 08. August mit ihrem traditionellen Kaiserparkfest ihren Kommunalwahlkampf. Schwerpunkt: die Forderung für ein kommunales Sofortprogramm gegen Armut, insbesondere gegen Kinderarmut. Patrik Köbele: „Unsere Stadt nennt sich Großstadt für Kinder. Sie setzt sich Ziele, über das man sich nur ärgern kann: Bis zum Jahr 2010 den Anteil von nicht gesunden Kindern von jetzt über 40 Prozent auf 39 Prozent zu senken. Das ist Heuchelei. Aus diesem Grund haben wir als DKP jetzt einen Antrag gegen Armut, insbesondere gegen Kinderarmut in Umlauf gebracht.“

Zu wenig Kinderärzte im Norden

Eigentlich gibt es mit 37 Kinderarztpraxen eine gute Versorgung in Essen. Doch die gilt nicht überall. Im Essener Norden, wo die meisten Kinder wohnen, gibt es am wenigsten. Für Karnap, Altenessen und Vogelheim gibt es nur 3 Kinderarztpraxen, im Bezirk 6 (Katernberg, Stoppenberg usw.) sieht es nicht besser aus. Hier gibt es weniger Privatpatienten und damit hat ein Arzt weniger hohe Einnahmen. Zudem bekommt ein Arzt die sogenannte „sprechende Sozialmedizin“, das heißt ausführliche Elterngespräche oder Anrufe im Kindergarten nicht bezahlt. Der Anteil für Beratung ist aber im Norden der Stadt bei den meisten Kindern deutlich höher.

DKP verteilte Schultüten an I-Dötze

Zum Schulanfang 2008 freuten sich zahlreiche Kinder im Essener Norden und in Steele über DKP-Schultüten.



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



Patrik Köbele, Ratscherr der DKP Essen

2004 trat die DKP zur Kommunalwahl an. Wir versprachen nicht das Blaue vom Himmel. Wir versprachen unsoziale Politik nicht mitzumachen und als Sprachrohr von Bewegungen im Rat der Stadt zu wirken.

Machen Sie sich selbst ein Bild, ob wir Wort gehalten haben. Mit „Die Ratsarbeit der DKP von A bis Z“ legen wir Rechenschaft ab (www.dkp-essen.de). Nach zwei Jahren im Rat hatten wir uns mit „Die Linke“ und „AUF“ zu einer gleichberechtigten Fraktion zusammengeschlossen. Aus unserer Sicht erfolgreich, die Fraktion Linke/DKP/AUF war die Opposition gegen die unsoziale Politik von Schwarz-Grün in unserer Stadt. Leider ist es nicht gelungen sich auf eine gemeinsame, gleichberechtigte Kandidatur zu den Kommunalwahlen 2009 zu verständigen.

Deshalb wird die DKP selbständig zu den Kommunalwahlen 2009 antreten.

Sollten Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, der Meinung sein, dass unsere bisherige Politik eine Fortsetzung verdient, dann werben wir um Ihre Stimme bei den Kommunalwahlen 2009.

Weil wir keinen Wahlkampf machen wollen, der mit der Werbung für ein neues Waschmittel vergleichbar ist, verbinden wir den Wahlkampf mit der Forderung nach einem Sofortprogramm gegen Armut, insbesondere Kinderarmut in unserer Stadt. Unterstützen Sie unseren Bürgerantrag mit ihrer Unterschrift.

Wenn Sie ein Zeichen setzen wollen, dass die DKP in den Rat der Stadt gehört, dann bitte ich Sie um die Unterstützung unseres Wahlaufrufs oder um Hilfe für unseren Wahlkampf. Mit Ihnen gemeinsam können wir es schaffen:

**Unbestechlich, konsequent
– DKP ins Parlament!**

Ihr Patrik Köbele

DKP Konferenz benennt Kandidatinnen und Kandidaten

Die Kreisdelegiertenkonferenz der DKP Essen am 25. Oktober 2008 befasst sich im Schwerpunkt mit der Kommunalwahl im Juni 2009. Neben der Diskussion über unser Eingreifen in den Wahlkampf, wollen wir alle Kandidaten aufstellen. Bereits nominiert wurden Karin Schnittker als Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin, Patrik Köbele, Karin Schnittker, Peter Köster und Siw Mammitzsch als Kandidaten für die Ratsreserveliste. Diese Liste wird noch um weitere Kandidaten ergänzt. Ebenso werden alle Direktkandidaten für die Wahlkreise aufgestellt.

Inhaltlich werden wir uns mit unserem Wahlprogramm auseinander setzen. Klar ist aber schon jetzt, dass das Programm von 2004 nicht falsch war und als Grundlage dient. Wir bleiben uns, unseren Ansichten und Inhalten treu. Für Eilige gibt es bereits jetzt die „Eckpunkte“ unserer kommunalpolitischen Positionen. Sie dienen dem schnellen Überblick über unsere wichtigsten Forderungen.

Wir handeln weiter nach dem Motto: „Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren!“

Aus dem Rat

Vor der Ratssitzung am 24. September machten noch einmal die Beschäftigten der **Zeche Carl** und deren Unterstützer auf die Schließung und drohende Umwandlung des Soziokulturellen Zentrums aufmerksam. Die Demonstranten, darunter auch wir, übergaben mehr als 5.400 Unterschriften an den Vertreter des Oberbürgermeisters.

Bei der anschließenden Vereidigung eines neuen Vertreters der REP's verließen die Mitglieder der Fraktion Die Linke/DKP/AUF aus **Protest gegen Faschisten** den Saal.

Aufgrund der Schwierigkeiten bei der **Philharmonie** beantragte unsere Fraktion eine aktuelle Stunde, da bis dahin noch in keinem Gremium der Stadt die schlechte Finanzlage zum Thema gemacht wurde. Die Vertreter des Aufsichtsrates, unter denen einige Ratsmitglieder von CDU, SPD und Grünen sind, wiesen jede Verantwortung von sich.

Ein Antrag von CDU/Grüne auf Einrichtung einer **mobilen Energieberatung** wurde von unserer Fraktion abgelehnt, da sie sich besonders an die „Zielgruppe der Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen und Empfänger von Transferleistungen“ richten soll. Das un-

ausgesprochene Motto: Zieht Euch einen warmen Pullover an, dann sinken die Kosten für Unterkunft und Heizung, welche die Stadt an Transferleistungsempfänger zu zahlen hat, können wir nicht unterstützen.

Ebenso fand die Vorlage zur **Neuorientierung der Kinder- und Jugendarbeit** nicht unsere Zustimmung. Dort geht es um die Überleitung sämtlicher städtischer Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in die Jugendhilfe gGmbH. Einsparungen, die unter anderem bei neu eingestellten Mitarbeitern durch Lohnkürzung umgesetzt werden, werden auch die Qualität der Angebote in den Einrichtungen verschlechtern.

Ein eigener Antrag unserer Fraktion Linke/DKP/AUF, die Kapitalanteile der Allbau-AG an der **LEG** nicht an den US-Immobilienfond Whitehall zu verkaufen, wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt. Damit wollten wir auch die Mieter-schutzrechte verbessern.

Zudem haben wir eine Anfrage zu den **Cross-Border** Geschäften der Stadt Essen gestellt und wie sich die desolante Situation auf den Finanzmärkten darauf auswirkt. Eine umfassende Antwort steht noch aus.

Ja, ich will auch ein kostenloses rotlicht-Abo

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Abschicken an: DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen www.dkp-essen.de • E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de